

Und Deutsche schlafen unter Brücken...

☒ Während unter Deutschen die Zahl der Obdachlosen aufgrund steigender Mieten und nicht mehr bezahlbarer Mietnebenkosten in die Höhe schießt, sorgt sich der Staat um die „menschenwürdige“ Unterbringung sogenannter „Asylbewerber“. Da ist natürlich eine Gemeinschaftsunterkunft nicht mehr zumutbar, es muss schon eine Wohnung sein.

Die Deutschen-Wirtschafts-Nachrichten schreiben:

EU-Gericht: Deutschland muss Asyl-Bewerbern Wohnung zahlen

[...] Asylbewerber in der EU müssen ab dem Tag des Antrags die Chance auf eine Wohnung haben. Sollte der Staat keine Unterkunft stellen, müsse er den Bewerbern ausreichend Geld für die Anmietung einer Wohnung zur Verfügung stellen, urteilte der Europäische Gerichtshof (EuGH) am Donnerstag.

Die finanzielle Unterstützung müsse dabei „für ein menschenwürdiges Leben ausreichen“. Der Staat ist demnach auch verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die familiäre Gemeinschaft gewahrt bleibt und dem Wohl des Kindes Rechnung getragen wird.

Das ist wohl ein erster Schritt, von den unbeliebten Asylbewerberheimen abzulenken. Heime streichen, die Leute gleich irgendwo „eingliedern“! Man fragt sich: Wie weit soll der Irrsinn denn noch gehen? Die deutsche Oma mit ihrer kleinen Rente und Mietbeihilfe muss umziehen, weil ihre Wohnung nach amtlichen Richtlinien zwei Quadratmeter zu groß ist für ihren Bedarf – und der Asylbetrüger kommt unter im Hotel oder der Neubauwohnung.

Für diese Hirnrissigkeit können wir uns im Mai bei den Wahlen

zum Europäischen Parlament bei unseren Politikern bedanken.
Und wir sollten es auch tun.

» Focus: Staat muss Asylbewerbern private Wohnung bezahlen